

Neue Milliarden für ihre Spendenklientel, für Banken und Spekulanten – Ruinierung der Kommunen, der sozialen Lebensgrundlagen der Bevölkerung und erneute Entlassungswelle in der Industrie

„Die angedrohte Liquidierung von ca. 2000 Arbeitsplätzen bei Opel Bochum treibt die Stadt Bochum und die ganze Region in den weiteren Ruin“, schreiben KollegInnen aus NRW in ihrem Aufruf für die Initiative: »Staatliche Garantie für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Opel« (s. auch »Soziale Politik & Demokratie«, Nr. 226).

Der industrielle Kahlschlag im Ruhrgebiet und in NRW traf 10 000e Arbeitsplätze allein im verarbeitenden Gewerbe im letzten Jahr. 60% der Städte in NRW sehen sich schon soweit in den Ruin getrieben, dass sie fürchten, wegen totaler Überschuldung ihr demokratisches Recht auf Haushaltshoheit zu verlieren.

Wuppertal will neben dem Theater 5 Schwimmbäder und Schulen schließen. In Essen sollen Grundschulen geschlossen werden... Städte erhöhen Gebühren z.B. bei Bibliotheken, senken Wassertemperaturen in den Schwimmbädern...

„In den Städten gehen die Lichter aus“, schreibt die Süddeutsche Zeitung über das Schicksal, das bundesweit Kommunen und Gemeinden droht. Diese Situation ist „beispiellos in der Nachkriegsgeschichte“, Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Städtetags.

Kommunen und Gemeinden werden in den kommenden 4 Jahren mit einem

Haushaltsloch von 12 Milliarden jährlich konfrontiert sein. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat daraufhin erklärt, dass der 2008 beschlossene Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für alle unter Dreijährige nicht mehr einzulösen sei.

Mit dem Wachstums- (Verschuldungs-) Beschleunigungsgesetz der bürgerlichen Koalition und ihren Steuergeschenken für ihre Spendenklientel kommen 2010 Einbußen von 1,6 Milliarden Euro auf die Kommunen zu, warnt Städtebundpräsident Christian Schramm. Die Kommunen sind zur Kreditaufnahme gezwungen, bei ständig steigenden Zinsen. Ein garantiertes zusätzliches Bereicherungsprojekt für die Banken – nach dem 500-Mrd.-Euro-Rettungspaket, mit dem die Große Koalition sie zur Wiederankurbelung ihrer Spekulationsgeschäfte gefüttert hat, und den immer neuen Milliarden, die ihnen zufließen, wie z.B. die 3,7 Milliarden Euro an die BayernLB.

Auf der anderen Seite warnen die Gewerkschaften vor der nächsten Entlassungswelle, die vor allem die Industrie zu überrollen droht. IG-Metall-Vorsitzender Berthold Huber schlägt Alarm: „Dieses Jahr seien allein in der Metall- und Elektroindustrie bis zu 650.000 Arbeitsplätze in Gefahr“, das sind fast 20% dieses Industriebereichs. 9.000 Arbeitsplätze sollen es bei Opel wer-

den...Haben die KollegInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen aus NRW, aus Köln, Düsseldorf und dem Ruhrgebiet, nicht recht, wenn sie schreiben, der Kampf für den staatlichen Schutz für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Opel Bochum – das ist der Weg zur Verteidigung der Industriebetriebe an Rhein und Ruhr durch ein gesetzliches Entlassungsverbot; für die Verteidigung der sozialen und öffentlichen Leistungen unserer Städte und Gemeinden für die Lebensqualität der arbeitenden Bevölkerung und Jugend.

Sie schreiben: „Ist es nicht die Verantwortung der historischen Arbeiterpartei SPD, sich an die Spitze einer solchen Mobilisierung zu stellen? (...) Zugleich entscheiden wir uns in eigener Verantwortung zum Handeln. Wir wollen mit dieser Initiative dazu beitragen, die Hindernisse für die Einheit der Arbeiterbewegung zu überwinden. Die vereinte Mobilisierung schafft die Kraft, die den staatlichen Schutz für die Opel-Arbeitsplätze durchsetzt.“

In diesem Sinne schlagen sie vor, zu einer bundesweiten Konferenz in NRW, Mitte März, in Bochum einzuladen. Sollte ihnen nicht aus allen Teilen der Bundesrepublik auf diesen Vorschlag geantwortet werden?

CARLA BOULBOULLÉ

„Opel Bochum unter Schutz des Staates“

Dirk Frohne: SPD soll Kampagne für Gesetzesinitiative organisieren

(Artikel erschienen in »Ruhr-Nachrichten« vom 17. 12. 2009)

Castrop Rauxel • Dirk Frohne, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Kreisverband Recklinghausen und IG Metall Vertrauensmann bei Opel, redet erneut Klartext. Gemeinsam mit H. W. Schuster, AfA Vorsitzender im Unterbezirk Düsseldorf. Kollegen, AfA-Verantwortliche und Gewerkschafter, formulieren die beiden, ergriffen angesichts der Ultimaten von General Motors und US Regierung die Initiative.

„Wir erklären es zur politischen Verantwortung der SPD, im Auftrag der Arbeiterschaft eine öffentliche politische Kampagne zu organisieren für eine Gesetzes-

initiative im Landtag von NRW.“ Zentrale Forderung: Betrieb und Arbeitsplätze von Opel Bochum unter staatlichen Schutz zu stellen und den Erhalt aller Arbeitsplätze staatlich zu garantieren. Frohne und Schuster schlagen den Arbeitnehmern vor, diese Perspektive zu diskutieren und zur Grundlage von koordiniertem Handeln zu machen.

Mit dem zweiten Ansatz für die Gesetzesinitiative – „Entlassungen allgemein gesetzlich zu verbieten“ – dürften die Gewerkschafter zwar auf uneingeschränkte Zustimmung leidgeprüfter rausgeworfener Arbeitnehmer und solcher, die um

ihren Job bangen, treffen. (...) „Wir zielen erst mal auf Opel“, konkretisiert Frohne im Gespräch mit unserer Zeitung.

Arbeitsplätze, Betriebe, Produktionsanlagen und Vermögen unter staatlichen Schutz zu stellen und unter die „demokratische Kontrolle der Arbeiterschaft und ihrer unabhängigen Organe“, sei die Grundüberlegung. Nur so, mit der Linie der Verteidigung aller Arbeitsplätze, von Produktion, Betrieben und Tariflöhnen, könne die Einheit der Arbeiter im Kampf in Europa verwirklicht werden, betonen die Gewerkschafter in einem Beitrag für eine internationale Arbeitnehmerzeitung. • abi